

Welche Armee für welche Sicherheitspolitik : oder umgekehrt?

Autor(en): **Thomann-Baur, Irène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-358188>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Welche Armee für welche Sicherheitspolitik – oder umgekehrt?

Gemeinsam mit ausländischen Experten suchten Vertreter der Schweizerischen Sicherheitspolitik im Rahmen eines Seminars von «CHANCE SCHWEIZ – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen» Antworten auf die Frage, was Verteidigung im 21. Jahrhundert bedeutet und welche Mittel einzusetzen sind.

Irène Thomann-Baur

Den Grundstein für die Diskussionen legte der frühere deutsche General Klaus Naumann mit einer schonungslosen Lageanalyse und der Definition des Verteidigungsbegriffs im 21. Jahrhundert (sein Referat erscheint demnächst in der ASMZ). Europa ist von Unsicherheit umgeben; es wird dieses unruhige Umfeld stabilisieren müssen.

Zu bekannten Konfliktursachen, wie ungelöste territoriale Ansprüche, ethnische und religiöse Spannungen, gesellen sich demographische Verschiebungen, Ressourcenknappheit und die Folgen des Klimawandels. Der Südrand des Mittelmeers bildet Europas Auffangnetz gegen die Migration aus der Tiefe Afrikas. Dort für dauernd stabile Verhältnisse zu sorgen, ist vielleicht die sicherheitspolitische Herausforderung schlechthin, gab der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr zu bedenken.

Was heisst Verteidigung vor diesem Hintergrund?

Verteidigung im 21. Jahrhundert hat unverändert den Schutz der Bürger eines Landes, seiner Integrität und seiner Souveränität zum Ziel. Verteidigung erfordert heute einen Verbund aller Sicherheitskräfte (Armeen, Polizei, Zivilschutz), eine verzugslos handelnde, interministerielle und die Gesamtheit des Staates erfassende Führung, und sie reicht vom Schutz in humanitären Notfällen und Naturkatastrophen über den Kampf gegen organisierte Kriminalität bis zum Schutz und zur Abwehr von ABC-Waffen, von Luftangriffsmitteln und Cyber-Attacken. Dieser Aufgabe müssen sich alle Staaten Europas stellen, und entsprechend sollten sie ihre nationalen Kräfte und Organisationen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Militäri-

sche Mittel bleiben auch in künftigen Konflikten das letzte Instrument der Politik. Präventiv sollten die Gefahren von den verwundbaren Industriegesellschaften fern gehalten werden, indem man ihnen dort entgegentritt, wo sie entstehen.

Im anschliessenden «Kaminfeuergespräch» vertiefte der Sicherheitsexperte Bruno Lezzi mit KKdt Dominique Andrey, stellvertretender Chef der Armee, und Botschafter Christian Catrina, Chef Sicherheitspolitik, die Konsequenzen, welche die Sicherheitspolitik aus dem Gehörten ziehen sollte. Im Vordergrund steht im Moment die Verwirklichung des Sicherheitsverbundes Schweiz, ein Konzept, dem General Naumann Beifall zollte. Für Andrey bedeutet Verteidigung auch Schutz von strategisch wichtigen Objekten und Räumen. Dabei verhehlte der Kdt Heer seine Sorge nicht, dass die Armee den Kantonen sehr rasch zu Hilfe eilen müsse und der Bund damit früh seine Reserve ausgibt.

In Panels wurden am zweiten Seminartag die Themen Auslandeinsätze, Einsatz im Innern / Katastrophenhilfe und Wehrsysteme vertieft.

Der Appetit auf Auslandeinsätze schwindet

Deutschland blickt auf 20 Jahre Erfahrung in den Auslandeinsätzen zurück. Doch jetzt sei ein Paradigmenwechsel erkennbar, wie Markus Kaim, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, aus Berlin berichtete. Er führte dafür vier Faktoren auf:

- Die Euphorie ist verflogen, die Erwartungen waren, gemessen an den politischen Zielen, zu hoch;
- Die Kürzungen in den Verteidigungshaushalten treffen auch die Auslandeinsätze;

- Die politischen Prioritäten haben sich verschoben, von der Aussenfront orientiert man sich zunehmend nach Innen;
- Verändert haben sich auch die geopolitischen Prioritäten. Die USA wenden sich nach Asien, Europa muss vermehrt für sich selber schauen.

In diesem Bereich verlieren NATO und EU an Bedeutung. Es werden informelle Koalitionen gebildet, die Betonung liegt auf Capacity-Building. Kaim geht jedoch davon aus, dass bei einer Eskalation im Balkan oder im Nahen Osten die Stimmung umschlagen würde. Die out of area-Einsätze prägten die Transformation der Streitkräfte; die Reduktion macht die Umwandlung zumindest fragwürdig. Schlägt das Pendel zurück, braucht es eine grössere Armee und dafür müsste Deutschland zur Wehrpflicht zurückkehren.

Oberst Gerhard Ryser, Kommandant Stellvertreter SWISSINT, stellte fest, dass die Schweiz ihre eigenen Vorgaben neben der Swisscoy mit Kleindetachementen, Militärbeobachtern, Ausbildnern für den Aufbau von Streitkräften vor Ort, Experten in Minenräumung und Kampfmittelbeseitigung usw. qualitativ erfüllt. Quantitativ ist sie noch weit entfernt vom gesetzten Ziel, 500 Armeeingehörige in Auslandeinsätzen zu beschäftigen. Gerade für den Bereich Capacity-Building wird die Rekrutierung schwieriger, braucht es doch die gleichen Spezialisten, um die die Wirtschaft buhlt. Angesichts der aktuellen Lage in Syrien wäre der Einsatz von Schweizer C-Spezialisten zu riskant. Verschlechtert haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen für im Ausland Dienstleistende.

Nationalrätin Ursula Haller, BDP, Mitglied der sicherheitspolitischen und der aussenpolitischen Kommission, lotet die politischen Handlungsspielräume für Auslandeinsätze immer wieder aus. Die Schweiz verfügt über grosses Know-how und die richtigen Leute. Auslandeinsätze schaffen

Solidarität und bauen Gegnerschaft ab. Die innenpolitische Realität ist jedoch nicht bereit, mehr zu leisten, zu tief sind die Gräben, zu gross die Vorbehalte.

Eine Stimme aus dem Publikum gab zu bedenken, dass, würde das Militär die Wichtigkeit dieser Einsätze für den Erhalt der eigenen Fähigkeiten betonen, die Politik sich eher überzeugen liesse.

Katastrophenhilfe und Verbund aller Sicherheitskräfte

Mit dem Wegfall der Bedrohung aus dem Osten löste Österreich die umfassende Landesverteidigung durch die umfassende Sicherheitsvorsorge ab, berichtete Br Wolfgang Peischel, Chefredaktor der Österreichischen Militärischen Zeitschrift. Das Bundesheer ist im Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) eingebunden, einer Koordinationsplattform ohne Weisungsrecht. Die Bundesverfassung verpflichtet das Bundesheer zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen aussergewöhnlichen Umfanges. Zu den Vorteilen des Militärs zählte Peischel die Mannstärke, rasche Verfügbarkeit, exklusive technische Leistungen (z. B. Lufttransport, Brandbekämpfung aus der Luft, ABC-Spezialisten), strukturierte Einsatzkräfte als Norm, Durchhaltefähigkeit und Logistik. Katastrophenhilfe ist ein integraler Teil der Verteidigungsaufgabe, sie ist auch strukturbegründend.

Die Territorialregionen sind das Bindeglied der Armee zu den zivilen Behörden mehrerer Kantone, sie sind auf die Führung subsidiärer Einsätze in ihrem Raum ausgerichtet, wie der Kommandant der Ter Reg 4, Div Hans-Peter Kellerhals, festhielt. Bei jeder Art Einsatz erteilt die politische Behörde das Mandat. Als Schlüsselemente für die Zusammenarbeit mit den zivilen Sicherheitskräften bezeichnete Kellerhals die drei K: Vor Krisen Kontakte knüpfen, Köpfe kennenlernen, Kompetenzen kräftigen. Regelmässige Übungen verschweissen die Schnittstellen zu Nahtstellen.

Der Zuger Sicherheitsdirektor Beat Viliger bestätigte die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit mit seiner Ter Region. Unbehagen bereitet die Verzichtspannung der Armee. Der Bestand von 100 000 Angehörigen und das Budget von 5 Milliar-

den bewegen sich an der unteren Grenze. Man kann nicht überall kürzen und gleichzeitig uneingeschränkte Leistungen verlangen. Die Kantone tun gut daran, einen kooperativen Föderalismus zu pflegen, Sturheit könnte zur unwillkommenen Zentralisierung führen. Offen bleibt die Frage, wer in einem oder mehreren Kantonen führt, die nicht mehr handlungsfähig sind, die Armee oder eine kantonale Regierung? Die Übung des Sicherheitsverbundes Schweiz wird Antworten liefern müssen.

Über langjährige praktische Erfahrungen in der Katastrophenhilfe verfügt Oberst i Gst Stefan Christen, Kdt der Rettungs-Unteroffiziers- und Rekrutenschule 75 in Wangen an der Aare. An-



V. l. n. r.: B. Lezzi mit KKdt D. Andrey, General a D K. Naumann, Botschafter Chr. Catrina. Bild: ASMZ

schaulich schilderte er die Vorteile, wenn der militärische Einsatzleiter Kultur und Mentalität der Einsatzregion kennt. Die Soldaten sind eher zu bremsen, gerne gehen Sicherheitsvorschriften und Stufengerechtigkeit im Feuereifer vergessen. Schliesslich muss er als Chef auch die eigenen Reaktionen im Einsatz kennen.

Fazit: In der Katastrophenhilfe arbeitet der von Naumann geforderte Verbund der Sicherheitskräfte wirkungsvoll.

Wehrsysteme zwischen Akzeptanz und Effizienz

Sabine Collmer, Dozentin für internationale Sicherheitsstudien am George C. Marshall Center, Garmisch-Partenkirchen, schilderte den Weg, den die Bundeswehr seit der Wiedervereinigung durch zahlreiche Transformationen gegangen ist. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 nahm die Bundeswehr ein zentrales Reformprojekt in Angriff. Bis Ende 2012 wurde die Bewerbungslage als gut bezeichnet. Im Jahre 2013 harzt es, die Rekrutierung wird schwieriger, die Qualität der Bewerber

fordert die Bundeswehr, und die Kündigungen nehmen zu.

Auf den Umbau der Streitkräfte in Österreich und Schweden ging Franz Kernic, Dozent der MILAK an der ETH ein. Letztendes sind alle Länder auf der Suche nach dem modellhaften Wehrsystem, das mit der Gesellschaft, dem Politsystem und dem Armeeauftrag kongruent ist.

Die Grenzen der Milizfähigkeit heutiger komplexer Wehrsysteme ergründete der frühere Rüstungschef Div a D Jakob Baumann. Wesentlich ist die maximale Nutzung des Rekrutierungspotenzials, es muss möglichst viel ziviles Wissen in die Armee fliessen. Sind die Plattformen so komplex, dass man sie erst nach drei WK-Wochen beherrscht, ist die Milizfähigkeit am Ende.

Für den richtigen Mix zwischen Berufs- und Milizoffizieren plädierte Br Daniel Lätsch, Kdt der Generalstabsschule. Er beobachtet in den Kursen, dass die Ersteren die Reglemente besser kennen, die Miliz innovativer ist.

Anschauungsunterricht genoss Professor Bruno Staffelbach anlässlich der internationalen Übung Viking 08, wo der ehemalige Kdt der Inf Br 4 eine internationale Brigade kommandierte. Für ihn ist bei der Miliz nicht die Masse interessant, sondern die qualitative Spitze, das Humankapital. Die Angehörigen stammen aus allen Geschäfts- und Gesellschaftsschichten und Berufen, international ist für sie kein Fremdwort. Besonders geeignet ist die Schweizerische Miliz für die postkonfliktuelle Phase. Als Mangel bezeichnete er deren beschränkte Verfügbarkeit.

Ein Zuhörer stellte schliesslich die eher rhetorische Frage, ob nicht das Wehrsystem die Sicherheitspolitik präge. Diese Debatte wurde leider nie geführt, schob Br Lätsch bedauernd nach.

Am Ende würdigte Bruno Lezzi das Seminar. Aufschlussreich war der Einbezug von ausländischen Experten und inländischen Praktikern. Die starren innenpolitischen Fronten verhindern strategisches Denken. Ungeliebt bleibt das Kind Auslandseinsätze, die Einsätze im Innern geniessen gute Rahmenbedingungen, müssen aber die föderalen Strukturen überwinden. Weiterentwicklung hier wie dort ist nötig. Mit dem Hinweis, der Besuch solcher Seminare täte auch den Mitgliedern der sicherheitspolitischen Kommissionen des Parlamentes gut, schloss Lezzi. ■